

„Aufstand der Ordnungshüter“

Erinnerungen an die Zeit, als die Polizei „laufen“ lernte

Vor sechzig Jahren (1951) wurde die GdP Hessen gegründet.

Vierzig Jahre ist es her, dass die hessische Polizei „laufen“ lernte, dass sie auf die Barrikaden gegangen ist (1970/71).

Vor zwanzig Jahren (1991) wurde die zweigeteilte Laufbahn eingeführt, eine Auswirkung des Aufstandes der Ordnungshüter 1970/71.

Wie sah die Situation damals aus?

Befehl und Gehorsam, das war es, was die Polizei in ihrer Ausbildung nach dem Krieg gelernt und verinnerlicht hat. Es war die Fortsetzung einer Denkweise aus absolutistischer Zeit, nicht nur aus der Zeit der Nazidiktatur.

Noch bis Anfang der 70er-Jahre war die Ausbildung der Polizei bei der Bereitschaftspolizei eher militärisch als auf den Einzeldienst bezogen. Da herrschte Befehl und Gehorsam. Da wurde am US-Karabiner und am FN-Gewehr ausgebildet. Es gab die ziemlich unsicher zu handhabende Maschinenpistole Beretta und erst 1964 wurden die Maschinengewehre in den Waffenkammern der Bereitschaftspolizei eingemottet, weil die Polizei keinen Kombattantenstatus hatte, also keine militärischen Waffen verwenden durfte. Mit dieser Ausbildung wurden junge Leute dann auf die Menschheit losgelassen.

Sie trafen im Einzeldienst fast durchweg auf ältere Polizeibeamte (Polizeibeamtinnen gab es nicht), die im Zweiten Weltkrieg gewesen waren, die in der Zeit der Nazidiktatur schon Polizeibeamte waren und denen Befehl und Gehorsam noch im Blut steckte. So war zum Teil auch der Umgangston.

Es herrschte Hierarchie.

Wer befördert werden wollte, um mehr Geld zu verdienen, musste nicht nur seine polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erledigen, er musste diesen Herren auch gefallen. Eine Beförderung hing nämlich von einer Beurteilung ab. Beurteilt haben aber immer nur Vorgesetzte.

Da war es nicht verwunderlich, dass oft genug „Schleimer“ (den anderen Ausdruck will ich mir hier verkneifen) wie es damals hieß, nach oben kamen.



In dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ wurden die Aktionen der Initiativausschüsse von Hessen wissenschaftlich aufgearbeitet, auch wenn beteiligte Polizisten und Wissenschaftler nicht immer einer Meinung waren.

Die Jugend demonstriert für mehr Demokratie

Das führte im Laufe der Jahre zu ganz bestimmten Konflikten. Das lag zum einen daran, dass die jungen Leute in der Schule Geschichts- und Sozialkundeunterricht hatten und dass sie die mehr oder weniger herrschende Demokratie wirklich als „Macht des Volkes“ verstanden.

Das zeigte sich in seinen Auswüchsen in den 60er-Jahren durch die Anti-Vietnam-Demonstrationen und Hausbesetzungen, durch die Studentenproteste der 68er-Bewegung (Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren) und in den 70er-Jahren auch durch den Terror der so genannten „Baader-Meinhof-Bande“, die nicht davor zurückschreckte, Männer aus Industrie und Politik aber auch Polizeibeamte, Wachleute und

Chauffeure der Industriekapitäne zu ermorden.

Hier traf die Denkweise der jungen Schutzleute mit der Denkweise der oft gleichaltrigen Studenten zusammen. Nicht selten hatten beide Gruppen die gleiche Denkweise. Und doch musste die Polizei bei Demonstrationen gegen die Studenten vorgehen, musste Versammlungen und Aufzüge der Neo-Nazi (NPD) schützen, auch wenn die Polizisten oft mehr mit den Studenten und Hausbesetzern sympathisierten. Polizisten hatten für Recht und Ordnung zu sorgen, hatten die öffentliche Sicherheit vor diesem studentischen Mob und den Baader-Meinhof-Verbrechern zu schützen.

Was Recht und Ordnung war, das bestimmte die Politik, die herrschende Klasse. Das waren aber nicht die Politiker, das waren die Industriebarene mit ihrer Wirtschaftsvereinigung. Deren Lobbyisten hatten mehr Einfluss auf die Gesetzgebung und mehr Macht als die Gewerkschaften.

Wie sagte ein Kabarettist: „Politiker glauben, sie seien an der Macht – sie sind an der Regierung“.

Weniger Polizisten – mehr Frust

Jetzt kam noch hinzu, dass die Zahl der Polizisten nicht mit der steigenden Zahl der Automobile und der damit zusammenhängenden Zahl der Verkehrsunfälle standhalten konnte, dass die steigende Zahl der Kriminalität oft auf unzulänglich ausgebildete Polizisten traf. Dass die Polizei unzureichend ausgerüstet war, dass überall neu gebaut wurde, die Polizei aber in den alten städtischen und staatlichen Gebäuden unzulänglich untergebracht war.

Dazu kam auch noch, dass die Polizei schlecht bezahlt wurde, dass die Belastung durch vermehrte Großeinsätze und steigende Überstundenzahlen zu immer mehr Frust führten.

Aufstand der Ordnungshüter

Das alles ist die Vorgeschichte, die im Herbst 1970 dazu führte, dass die Polizei in Hessen endlich

aufmuckte, ihre Probleme in großen Versammlungen und bei Demonstrationen (6000 Polizisten waren bei einer Demo in Frankfurt) in die Öffentlichkeit trug. Das mündete in die „Initiativausschüsse“, zusammengesetzt aus den Bereichen der staatlichen und kommunalen Polizei, aus Mitgliedern der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV, der GdP und des BDK. Bekannt wurde dieses Aufbegehren unter dem Schlagwort „Aufstand der Ordnungshüter“.

Das war auch der Titel eines Buches, veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuchverlag, das versuchte, die damalige Situation zu analysieren und aufzuarbeiten. Daran beteiligt waren Polizeibeamte und Wissenschaftler der Universität Bremen. Aus Südhessen wirkte Horst Müncher mit, der damalige Vorsitzende der Bezirksgruppe Darmstadt in der GdP.

Man muss die Meinung der Verfasser dieses Buches nicht unbedingt teilen, da es oft den Eindruck erweckt, klassenkämpferisch zu sein. Eines war aber auch damals schon deutlich. Gesetze wurden von der herrschenden Klasse gemacht. Herrscher waren die Leute, die das Geld hatten. Eine Statistik aus dieser Zeit sagt, dass 1,74 Prozent der Haushalte über 74 Prozent des Betriebsvermögens verfügen. Das heißt, dass nicht nur heute die Schere von Kapital und Armut auseinander

geht, sondern dass damals schon 98,26 Prozent der Haushalte nur über 26 Prozent des Betriebsvermögens verfügten.

Sicherheit durch Recht und Ordnung

So war es kein Wunder, dass Parteien Wahlwerbung machten mit dem Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ und dass sie damit Erfolg hatten. Auch das haben die Wissenschaftler damals herausgefunden, dass sich der größte Teil der Polizei politisch interessiert zeigte, der größte Teil der Bevölkerung aber eher nicht. Die abhängig Beschäftigten waren zufrieden, wenn sie hin und wieder mehr Geld bekamen, wenn sie am „Wirtschaftswunder“ teilhaben konnten, sonst aber in Ruhe gelassen wurden.

Da Polizisten aber politisch dachten, fiel ihnen auf, dass einiges mit dieser Gesellschaft und auch mit der Situation der Polizei nicht stimmte.

Die Arbeit nahm zu, die Belastung und damit auch der Frust.

Es war ein Hohn, dass die Politiker der Polizei für ihre Überstunden bei einem Großeinsatz pro Stunde 45 Pfennige anboten.

Mit bei den Initiativausschüssen

Als junger Polizeibeamter, Eintritt 1964, damals 26 Jahre alt, habe ich diese Geschichte hautnah miter-

lebt. Auch wenn an dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ fast nur Kollegen aus Nordhessen mitgewirkt haben, der Schwerpunkt des Aufstands lag in Südhessen.

In Wiesbaden und Frankfurt waren die Massendemonstrationen. In der Riedhalle, die eigentlich nur 700 Leute fasst, waren 1500 Polizeibeschäftigte, nicht nur aus Südhessen, zusammen gekommen, um Politikern ihren Unmut deutlich zu machen.

Da wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Best (die SPD war an der Regierung) unter Beschuss genommen. Da bekam der CDU-Landtagsabgeordnete Milde (später Innenminister) Beifall, weil er sich hinter die Forderungen der Initiativausschüsse stellte und sie aufforderte, ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, auch Heinz Herbert Karry (FDP), später ebenfalls Minister, stand auf Seiten der Polizei.

Oswald Hodes, damals noch Bezirksvorsitzender der Polizei in der ÖTV, später Landesvorsitzender der GdP, sprach sich für eine einheitliche Polizeigewerkschaft in der GdP aus. Das kam später. Da wirkten so Männer mit wie Werner Larem, Manfred Meise, Wilfried Panteleit und auch ich.

Das ist aber eine andere Geschichte.

Polizisten gehen auf die Barrikaden **Protestkundgebung für besseren Sold und gegen Hierarchie**

Bei Groß-Gerau, 9. Oktober
Der Kampf hessischer Polizeibeamter um personelle Verstärkung, angemessene Besoldung und den Abbau überkommener hierarchischer Strukturen hat mit einer Großkundgebung in der Riedhalle in Dornheim (Groß-Gerau) am Donnerstagabend einen Höhepunkt erreicht. Bei der Veranstaltung, zu der etwa 1500 Polizeibeamte aus allen Teilen Hessens kamen, wurde mit Landesparlamentariern diskutiert. Sie wurde aber gleichzeitig zu einer Manifestation von harten Kampfansagen und Solidarität. Der Aufstand der Ordnungshüter, der von Südhessen ausgegangen und in den letzten Tagen auf das ganze Land übergreifen hatte, ist damit perfekt geworden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Best wurde mit harten und gezielten Fragen unter Beschuss genommen. Sein Versuch, das Bundesbeamten-Rahmengesetz für die Misere verantwortlich zu machen,

brachte ihm Gelächter ein. Er mußte sich bescheiden lassen, daß ihm in vielen Fragen die genaue Sachkenntnis fehle.

CDU-Vertreter Milde fand lebhaften Beifall, als er die Polizeibeamten aufforderte, die Öffentlichkeit über die teils katastrophalen Verhältnisse dieses Berufsstandes aufzuklären. Heinz-Herbert Karry (FDP) bezeichnete den Plan „Hessen 80“ als Makulatur.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, stellte seine Organisation in Frage. Er forderte die ÖTV, Fachabteilung „Polizei“, auf, eine neue Gewerkschaft im DGB zu bilden, und stellte sein Amt zur Verfügung.

Der Bezirksvorsitzende der ÖTV, Hodes, schloß sich der Forderung nach einer einzigen Polizei-Gewerkschaft an und kündigte als mögliche Kampfmaßnahme eine Aktion „go ill“ an. „Die Polizisten sind heute soweit wie die Studenten vor drei Jahren“, erklärte er.

Der CDU-Wahlkreiskandidat Georg Sturmowski bezeichnete es als Gesellschaftsskandal, daß manche Polizeibeamte neben ihrem harten Dienst Nebenbeschäftigungen nachgehen müssen. Alle Polizeibeamte Hessens wurden aufgerufen, sich einem Protestmarsch durch die Straßen Frankfurts am 15. Oktober anzuschließen.

In einem Rundfunkinterview bezeichnete Innenminister Strelitz das Disziplinar-Strafrecht als überholt. Es müsse jedoch auf Bundesebene neu geregelt werden. Ein Streikrecht für Polizisten sei auf Grund ihrer Funktion allerdings nur schwer vorstellbar.

Zur Zeit der Initiativ Ausschüsse wurde nicht nur die Forderung nach besserer Bezahlung, besserer Ausbildung und besserer Unterbringung laut, es ging auch darum, dass die Polizei mit besserer Ausbildung weg wollte vom Image des „Büttels“.

Man wollte „das Bild des eigenverantwortlich handelnden, die Bürgerrechte schützenden und die innere Sicherheit gewährleistenden Polizeibeamten zeichnen. Dieses Ziel konnte nur über die Qualifizierung und entsprechende Bewertung des Polizeiberufs erlangt werden, also über die zweigeteilte Laufbahn“, sagte 30 Jahre später der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg.

Nicht umsonst propagierten die Gewerkschaften den Begriff „Freund und Helfer“.

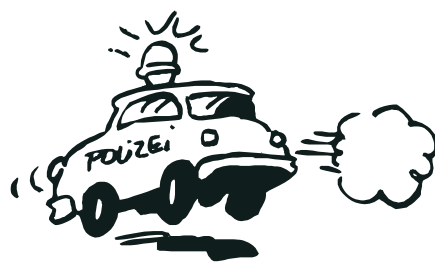
Sozialarbeiter konnten die Polizisten zwar nicht sein, sie mussten aber immer wieder in Notfällen helfen, egal ob bei Verkehrsunfällen, handgreiflichen Auseinandersetzungen in Gasthäusern oder Familien, wenn Erwachsene oder Kinder vermisst wurden oder auch, wenn eine Katze von einem Baum geholt werden musste, weil sie sich alleine nicht mehr herunter traute.

Dem Druck standgehalten

Zu dieser Zeit kam auch erstmals die Forderung nach einer „zweigeteilten Laufbahn“ auf, für die die GdP zwanzig Jahre stritt, bis sie von

allen Landtagsfraktionen in ein Gesetz umgemünzt wurde. Damals herrschte aber auch noch der eingangs erwähnte Begriff von „Befehl und Gehorsam“ oder, anders ausgedrückt, von „Zucht und Ordnung“. Den Vorgesetzten der Polizei waren die Initiativ Ausschüsse nämlich ein Dorn im Auge. So kam es auch vor, dass allzu aufmüpfige Kollegen sozusagen „strafversetzt“ wurden. Die Masse der Kollegen hat dem Druck von oben aber standgehalten.

Ich will hier nur ein Beispiel er-



zählen, das die Sache verdeutlicht.

Bei einer gut besuchten Versammlung von Polizeibeschäftigten, nahmen viele Beamt/innen kein Blatt vor den Mund und erzählten, wo sie der Schuh drückt. Auch Stationsleiter waren darunter. Alle aber standen unter Druck „von oben“. Das äußerte sich anderntags so, dass der zuständige Polizeidirektor, es war ein kleiner Mann, beim Regierungspräsidium Darmstadt von diesen Polizeiführern eine Stellungnahme forderte. Da ging einigen der Herren „die Muffe“, wie man volkstümlich sagt. Sie fragten mich,

da ich einer der „Rädelsführer“ war, damals noch in der ÖTV, was sie machen sollten. Chef der Polizei war aber nominell der Landrat. So rief ich Dr. Lothar Bergmann an und schilderte ihm die Lage. Kein Problem, meinte er, ich bin der Chef, alle berichten mir und ich berichte ordnungsgemäß dem Regierungspräsidenten. Damit war die Sache vom Tisch.

Polizei ist für die Menschen da

Der Druck von oben war groß. Demokratie gab es zwar in der Gesellschaft, nicht aber bei der Polizei. Genau das aber war es, was die Polizeibeschäftigten wollten, mehr Mitspracherechte, mehr Demokratie.

Heute sind wir eine Polizei mit Selbstwertgefühl, wir sind eine „Sicherheits-AG“, die sich um den Schutz der Bevölkerung bemüht. Wir sind gut ausgebildet und gut bezahlt. CDU und FDP haben uns zwar fast alle Mitbestimmungsrechte genommen und der Frust in der Belegschaft ist groß, wir geben aber nicht auf. Wir kämpfen weiter.

Eine Gewerkschaft kann beginnen, aufhören kann sie nie.

Und wenn die regierenden hessischen Politiker nicht begreifen wollen, wie es der Polizei geht, dann gibt es vielleicht in naher Zukunft wieder einen „Aufstand der Ordnungshüter“.

Norbert Weinbach

Die Luxus-Abgeordneten

Jeder Bundestagsabgeordnete darf für 15000 Euro im Monat Mitarbeiter beschäftigen. Für jeden Abgeordneten arbeiten im Schnitt zehn persönliche Angestellte, Tendenz steigend.

Auszug aus „FOKUS 19/2011 Seiten 34 und 35

Der Bundestag baut an. Unweit des Brandenburger Tores entstehen derzeit 520 neue Büros für Abgeordnete. Insgesamt 230,5 Millionen Euro lassen sich die Volksvertreter einen Neubau und den Umbau eines bereits bestehenden Verwaltungshauses kosten.

Allein die Kosten eines Fußgängertunnels, der zwei Bürogebäude verbindet, belaufen sich auf 7,5 Mil-

lionen Euro. Die Zahl der Abgeordneten ist relativ konstant, derzeit liegt sie bei 622. Für wen also werden die vielen neuen Büros gebaut?

Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim kam nach monatelanger Recherche zu dem Schluss, dass die Anzahl der Mitarbeiter, die sich die Abgeordneten genehmigen, praktisch unkontrolliert wächst.

Und diese Mitarbeiter brauchen Platz.

Die Abgeordneten bezahlen sie über die sogenannte Mitarbeiterpauschale. Diese wurde zuletzt 2008 kräftig um 28 Prozent erhöht. Insgesamt stieg sie seit 1969, zu ihrer Einführung, von damals umgerechnet 767 Euro auf heute 14978 Euro pro Monat. Am 1. August steigt sie auf monatlich 15 053 Euro.